

Die Basler Kindergärten

Autor(en): Christine Valentin

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1995

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/a8526859-1df5-4c5e-8d05-cba7b1ce24c1>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

sektor stellten die Mehrzahl der Arbeitsplätze bereit. Immer seltener wurden unqualifizierte Handarbeitskräfte benötigt, immer häufiger auch Menschen gesucht, die für administrative Tätigkeiten qualifiziert waren. Vor allem die wachsende Mittelschicht setzte sich für eine allgemeine Verbesserung der Bildung ein. Dank ihrem Engagement und dem Einsatz des Freisinns wurde die Unterschicht in die Volksbildung integriert. Die kostenlosen staatlichen Kindergärten und Schulen erlaubten auch der ärmeren Bevölkerung, sich besser zu qualifizieren.

Anmerkungen

1 Politische Hauptvertretung der alten Oberschicht waren die Liberal-Konservativen.

2 Nach Friedrich Wilhelm August Fröbel (1782–1852), deutscher Vorschulerziehungsreformer. Von J.H. Pestalozzi beeinflusst, hatte Fröbel 1837 in Blankenburg (Thüringen) mit seinem «Spielgraben» den ersten «Kindergarten» gegründet, der das Spielen mit geometrischen und bildsamen Materialien in den Mittelpunkt rückte. Seine als revolutionär geltende Vorschulerziehung, die in einigen deutschen Staaten verboten war, in anderen durch Kurse für «Kinderführer» und «Kindergärtnerinnen» gefördert wurde, setzte sich in der Schweiz ab den 1860er Jahren zunächst in der Romandie und in der Region St. Gallen durch.

Christine Valentin

Die Basler Kindergärten – zwischen Blockzeiten und kantonalem Finanzausgleich

Der Kindergarten von heute hat kaum noch etwas mit dem Kindergarten von einst gemeinsam. Zu Beginn der Industrialisierung war er vor allem eine «Kinderbewahranstalt» für die gezwungenermassen vernachlässigten Kinder der Arbeiterfamilien. Inzwischen ist daraus eine von der Pädagogik anerkannte Vorschule für den gesamten Nachwuchs geworden. Die «Häfelischule», wie der Kindergarten im Volksmund liebevoll und leicht despektierlich genannt wird, hat sich in den letzten hundert Jahren stark gewandelt. Dass die Zukunft weitere Veränderungen bringen wird, zeigen zwei Beispiele aus dem vergangenen Jahr.

Blockzeiten für Primarschulen und Kindergärten

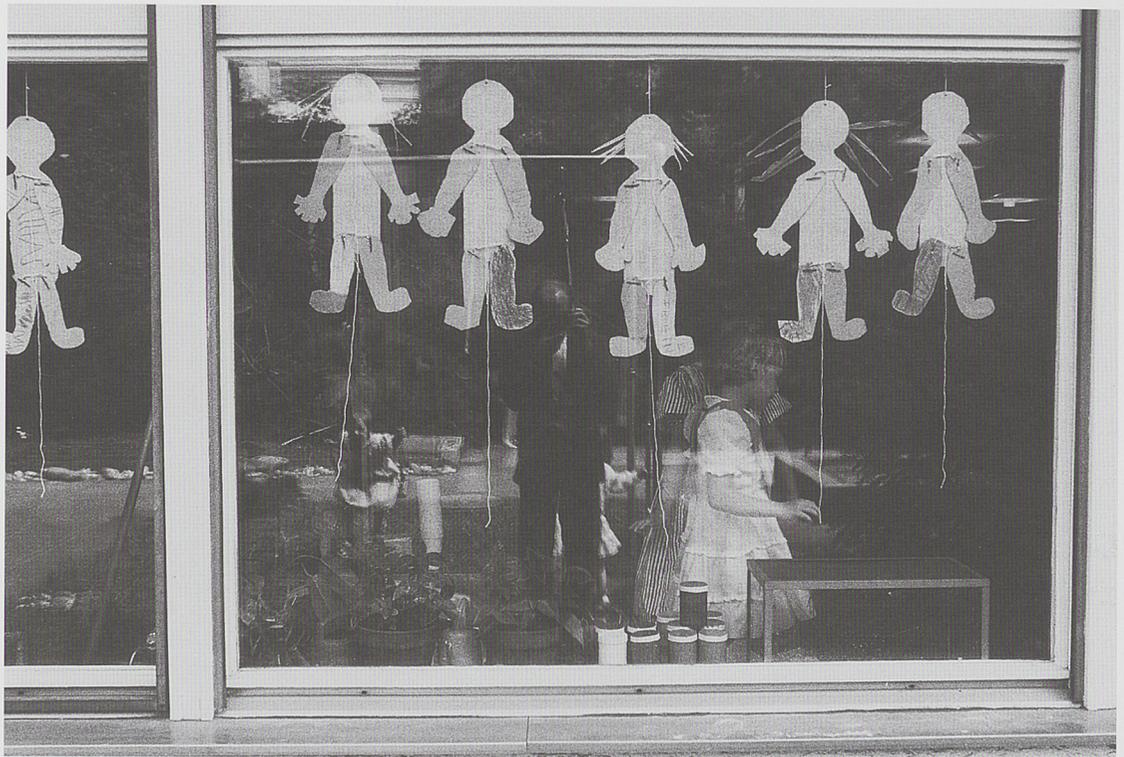
Ende Januar 1995 gibt die Basler Regierung – sechzehn Jahre nach dem ersten parlamentarischen Vorstoss – doch noch grünes Licht für einen zweijährigen Versuch mit Blockzeiten an der Primarschule. Am 14. August 1995, mit Beginn des neuen Schuljahres, ist es soweit. Viele Eltern von schulpflichtigen Kindern – vor allem die Mütter – atmen erleichtert auf. Sie müssen sich nun nicht mehr an ständig wechselnde Stundenpläne anpassen und können end-

lich ihren Tag und ihre Arbeit besser planen. Die Kinder sind nun jeweils ab acht Uhr morgens bis mittags in der Schule, der Samstag ist schulfrei.

Der Versuch, Blockzeiten an der Primarschule einzuführen, hat auch Auswirkungen auf den Kindergarten. «Wir mussten nach dem Entscheid des Regierungsrates sofort reagieren und uns der neuen Situation so weit wie möglich anpassen», erklärt Anita Crain, die Präsidentin der Kindergarteninspektion. Der bisher jeden zweiten Samstag stattfindende Unterricht wird gestrichen. Doch damit endet auch schon die Gemeinsamkeit. Die «Häfelischülerinnen und -schüler» beginnen weiterhin eine halbe Stunde später als die Primarschülerinnen und -schüler, und sie hören eine halbe Stunde früher auf. Nur am Mittwoch müssen sie ebenfalls früh aus den Federn und kommen wie die «Primeler» zur Mittagessenszeit nach Hause oder in die Krippe.

«Selbstverständlich sind das keine Blockzeiten», stimmt Anita Crain zu. Als Mutter weiss sie das nur zu gut. Ihre Kinder sind zwar im Primarschulalter. Doch im Theodorsschulhaus werden wegen fehlender Räume die Blockzeiten noch nicht gemäss Plan eingehalten. Die

Seit 100 Jahren gibt es in Basel staatliche Kindergärten.



Spielen und Lernen.



Stundenpläne sind deshalb so unterschiedlich wie bisher. «Es war nicht leicht, die Bedürfnisse der Eltern, Kinder, Kindergärtnerinnen und Kindergärtner unter einen Hut zu bringen. Viele Eltern meinen, acht Uhr morgens sei für ihren kleinen Knopf zu früh. Vor allem jüngere Kinder haben auch Mühe, während vier Stunden in einer Gruppe zu sein. Deshalb haben wir uns entschieden, nur den Mittwoch zu verlängern. Wir können die Arbeitszeit der Kindergärtnerinnen nicht beliebig nach oben oder unten anpassen.»

Darüber, die Öffnungszeiten der Kindergärten denen der Primarschulen anzugleichen, findet zur Zeit keine Diskussion statt. Dabei spielen nicht nur finanzielle Überlegungen eine Rolle; eine Erweiterung der Stundenzahl verlangt auch eine Erweiterung des Personals – in Zeiten leerer Kassen eine fast aussichtslose Forderung. Für Anita Crain sind jedoch andere Gründe ausschlaggebend: «Erstens gibt es keine entsprechende Nachfrage der Eltern, weil sie schon heute wählen können – in jedem Quartier existiert mindestens ein Kindergarten, der Blockzeiten von morgens acht bis mittags halbeins anbietet. Die ersten Basler Kindergärten mit Blockzeiten sind schon 1990 entstanden. Seither haben wir das Angebot laufend ausgebaut, bei einigen steht sogar ein Mal pro Woche ein Mittagessen auf dem Programm. Und zweitens sind generelle Blockzeiten für Kinder dieses Alters gar nicht erstrebenswert. Das würde bedeuten, dass wir die Stunden an den Nachmittagen streichen müssten. Die Kinder hätten jeden Nachmittag frei und würden diese Zeit wegen beengter Wohnverhältnisse und fehlender Spielplätze vermutlich vor dem Fernseher verbringen.»

Es zeichnet sich schon heute ab, dass das Thema Blockzeiten noch lange nicht von der Traktandenliste gestrichen werden kann. Dazu ist das Spannungsfeld, in dem sich die Vorschule bewegt, zu gross. Auf der einen Seite stehen die Bedürfnisse der Eltern, der Kindergärtnerinnen, Kindergärtner und Kinder – auf der anderen die der Kinderkrippen und Tagesheime. Mehr als die Hälfte aller Mütter ist heute voll oder teilweise berufstätig. Der Anteil der Alleinerziehenden nimmt ebenfalls zu: In Basel versorgen inzwischen 2800 Mütter

und 200 Väter ihren Nachwuchs allein; das ist ein Fünftel aller Familien mit Kindern. Die meisten von ihnen sind auf die Unterstützung von Grosseltern, Krippen, Tagesheimen, Tagesmüttern und Horten angewiesen. Blockzeiten allein nützen ihnen wenig.

Blockzeiten allein sind keine Lösung

Für Moni Weber, die Leiterin der Kinderkrippe am Bläsiring, haben Blockzeiten nicht nur Vorteile: «Für uns sind die Blockzeiten zwar kein grosses Problem, weil wir am Bläsiring eine Buschigruppe haben; meine Mitarbeiterinnen können sich dann, wenn die anderen Kinder im Kindergarten oder in der Primarschule sind, um die Kleinsten kümmern. Ich kenne aber Krippen und Tagesheime ohne Buschigruppe, die bei der Arbeitsorganisation grössere Probleme haben. Die meisten sind schon ab sechs Uhr geöffnet; sie können ihre Angestellten nicht einfach zwischen acht und elf Uhr nach Hause schicken, wenn keine Kinder mehr da sind.»

Einmal mehr zeigt sich, dass die Lösung eines Teilproblems noch nicht die Lösung des ganzen Problems ist. Genau an diesem Punkt setzte eine breit abgestützte Volksinitiative zur Kinderbetreuung an, die am 14. Juni 1995 lanciert wurde und eine Erweiterung der familienexternen Betreuung verlangte. Der Kanton wird aufgefordert, unter Einbeziehung der Kindergärten und Primarschulen umfangreichere familienexterne Betreuungsmöglichkeiten bereitzustellen.

Entsprechende Vorstösse hatte die Basler Regierung bereits 1994 mit Hinweis auf die Sparziele auf die lange Bank geschoben. Der Sankt Galler Betriebsökonom Rolf Oehler ortet die Hindernisse auch noch anderswo – auf dem Arbeitsmarkt: «Das ist ein zweiseitiges Schwert. Auf der einen Seite werden durch Tagesschulen natürlich riesige Kapazitäten frei. Auf der andern Seite verstärken diese berufstätigen Frauen den Druck auf den Arbeitsmarkt.»¹

Kommunale Kindergärten: Riechen will, Bettingen will nicht

An einem anderen Punkt haben die Regierung und das Basler Parlament vergangenes Jahr jedoch Entscheide gefällt: Der Grosse Rat

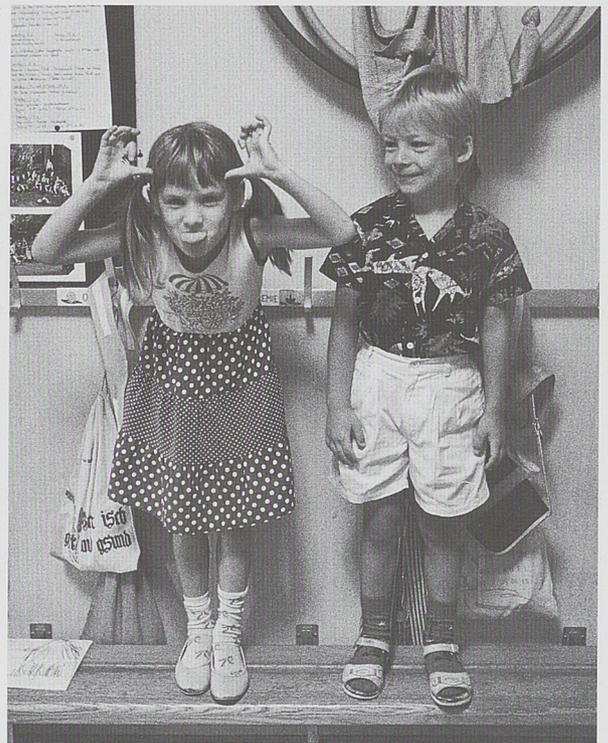
«Schweschterli,
kumm tanz mit mir,
baidi Händli gib
ych dir. Aimol hi,
aimol här, zringe-
lum das isch nit
schwär!» ▷



Die beliebten
«Digerfinggli» ▷



S'Elfigleeggli
lytet glyy ... ▷▷



bewilligte die Abtretung der Kindergärten an die Landgemeinden Riehen und Bettingen. Das Parlament liess sich dabei von drei Argumenten leiten. Erstens könne damit die defizitäre Kantonsrechnung um rund 2,8 Millionen Franken jährlich entlastet werden; zweitens werde die Gemeindeautonomie, drittens der Finanzausgleich verbessert. Mit seinem Beschluss ignorierte der grosse Rat eine Empfehlung der Eidgenössischen Frauenkommission, die bereits 1992 postuliert hatte: «Auf die in einzelnen Kantonen aufgrund der Finanzknappheit zur Diskussion stehende Rekommunalisierung der Kindergärten muss unbedingt verzichtet werden.»²

Der Riehener Gemeindepräsident Gerhard Kaufmann sah einer Übernahme der Kindergärten zuversichtlich entgegen. «Am Unterricht in den Kindergärten und an den Arbeitsbedingungen der 18 Kindergärtnerinnen wird sich nichts ändern. Und zusätzliche Dienstleistungen, wie Abklärungen durch den logopädischen Dienst, werden wir weiterhin von Basel beziehen.» Dass Riehen die Kindergärten bereitwillig übernehmen will, liegt allerdings nicht nur am Zauberwort «Gemeindeautonomie». Gleichzeitig liesse sich nämlich auch die leidige Diskussion um den niedrigeren Steuerfuss der Gemeinde beenden.

Weniger Freude am Entscheid des Grossen Rates hat hingegen die Bettinger Exekutive. Gemeindepräsident Peter Nikyos bezeichnet ihn als problematisch. «Bettingen hat einen staatlichen Kindergarten und subventioniert einen zweiten, der privat geleitet wird. Die Gemeinde kann für diese beiden Kindergärten kein eigenes Rektorat einrichten. Einer Verwaltungslösung, wie sie in Riehen geplant wird, wird der Bettinger Gemeinderat sicher nicht zustimmen. Deshalb werden wir voraussichtlich den Kanton bitten, die Kindergärten gegen Bezahlung zu betreiben.» Der Kontakt zur

Gemeinde Riehen in Sachen Kindergärten wird jedoch laut Peter Nikyos gewahrt bleiben – schon allein mit Rechnungen: Viele Bettinger Kinder gehen aus praktischen Gründen in Riehen in den Kindergarten, Riehener Kinder wiederum in Bettingen.

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben das letzte Wort

Der Entscheid des Grossen Rates überzeugte auch die Basler Lehrerverbände nicht. Die Freiwillige Schulsynode (VS), die Gewerkschaft Erziehung (GE) und die Gruppe Erziehung und Kultur der Gewerkschaft VPOD erzwangen deshalb mit mehr als 3500 Unterschriften die Volksabstimmung. Die Verbände wehrten sich dagegen, dass ein kleiner Teil des Basler Schulsystems aus dem kantonalen Bildungskuchen herausgebrochen werden soll. Mit dem Schulgesetz von 1929 hatte Basel-Stadt als erster Schweizer Kanton ein ganzheitliches, alle Stufen umfassendes Schulsystem geschaffen. Aus diesem Grunde sind Riehen und Bettingen auch die einzigen Schweizer Gemeinden, die keine eigenen Schulen und keine Erfahrung auf diesem Gebiet haben. «Zudem lässt das geänderte Schulgesetz erstmals auch die Privatisierung staatlicher Kindergärten zu. Hier müssen wir einen Riegel vorschieben», ist FSS-Präsident Werner Tschudi überzeugt. «Die Schule ist eine öffentliche Aufgabe. Sie darf nicht von der Finanzkraft der Gemeinden oder der Eltern abhängig sein. Wenn wir diese Entwicklung bei den Kindergärten nicht stoppen, wird bald die Primarschule an der Reihe sein.»

Am 19. November 1995 entschieden sich die Stimmberechtigten mit ganz knapper Mehrheit für die Abtretung der Kindergärten an die beiden Landgemeinden. Den Ausschlag gaben dabei die Stimmbürger der Stadt Basel – wenn es nach den Landgemeinden gegangen wäre, wäre alles beim alten geblieben.

Anmerkungen

1 Schulpolitik am Volk vorbei, «Cash» vom 30.12.1994.

2 Familienexterne Kinderbetreuung, Teil 1: Fakten und Empfehlungen, Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, November 1992, S. 183.